

Positionspapier des Landesschülerausschusses Berlin zu Schulessen

„Viele Kinder und Jugendliche essen mittags in der Schule. Gerade für Heranwachsende ist eine ausgewogene und qualitativ hochwertige Ernährung wichtig. Die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz sieht es neben der Förderung der Verbraucherbildung daher als ihre Aufgabe an, sich für eine ausgewogene Schulverpflegung einzusetzen“ Zitat: Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung¹

Gesundes Essen nimmt in unserer Gesellschaft einen immer höheren Stellenwert ein. Auch das Schulessen rückt damit in den Fokus des LSA Berlin. Unser Statement:

Das Schulessen in Berlin entspricht nicht den Anforderungen der Schüler*innen. Deshalb schlagen wir eine Verbesserung in folgenden Punkten vor:

- Wir fordern eine bessere Atmosphäre durch größere Essensbereiche und ansprechende Gestaltungen in der Mensa, darüber hinaus eine ausreichende Essenszeit von mindestens dreißig Minuten.
- Es gibt in den Regelschulen nur zwei oder drei Mahlzeiten zur Auswahl. Diese sind nicht auf individuelle Anforderungen angepasst. Ein Angebot für alle (Vegetarisch, Vegan) muss gegeben sein.
- Die Getränkevielfalt soll zudem durch mindestens zwei verschiedene kostenlose Angebote sowie einen kostenlosen Wasser- und Sprudelwasserspender erhöht werden.
- Das Essen soll sich zudem auf gesunde Angebote konzentrieren: (biologischer Anbau nach EU-Bio Norm, regional, saisonal).
- Zu jedem Menü sollte es auch frisches Obst oder Gemüse in ausreichender Stückzahl geben (frisches Salatbuffet).
- Das Essen schmeckt oft nicht (Würze, Konsistenz). Gewürze (Pfeffer und Salz) sollen zur Verfügung gestellt werden.
- Unser Wunsch ist eine eigene Küche für Schüler*innen, in der unter Beaufsichtigung von Lehrkräften selbst gekocht werden kann. Bei der Nutzung eigener Küchen besteht unsere Empfehlung des Einbezugs der Eltern in die Essensvorbereitungen, sofern sie einen gültigen Hygienepass besitzen.

¹ URL:

<https://www.berlin.de/sen/verbraucherschutz/aufgaben/wirtschaftlicher-verbraucherschutz/kinder-und-jugendliche/schulessen/> [8.4.17, 15:17 Uhr]



- Die Option eines Wahlpflichtfaches Kochen würde den Teilnehmer*innen und vielleicht sogar weiteren Lernenden an einigen Wochentagen eine Alternative zum Regelesen bieten.
- Trotz allgemeiner Zuschüsse beobachten wir eine Zunahme der Essenspreise für die Schüler*innen. Den günstigsten Anbieter auszuwählen führt ebenso nicht zu gehaltvolleren und gesünderen Speisen. Wir beobachten Einzelvergünstigungen über den Berlinpass und die Auswahl zwischen normalen Mahlzeiten und sogenannten preiswerteren "Gabeltellern" zu geringeren Preisen mit Sorge. Um den bürokratischen Aufwand (Doppelbezuschussung) zu verringern und allen gleiche Chancen zu gewähren, fordern wir daher eine kostenlose Verpflegung für alle.
- Bei Neuausschreibung des Anbieters soll der Schule zudem die Kompetenz gegeben werden, zu entscheiden welches Angebot für sie am passendsten und attraktivsten ist. Dies sollte durch einen für alle zugänglichen ausführlichen Kriterienkatalog des darüber abstimmenden Schulgremiums ausgelegt werden. Kürzere Vertragslaufzeiten der Anbieter würden die Wahlfreiheit der Schulen erhöhen. Nach 2 Jahren sollte die Möglichkeit auf Überarbeitung, Auflösung oder Verlängerung der Verträge bestehen.
- Wir beklagen, dass die Schlangen zu lang sind und fordern deshalb den Einsatz von mehr Personal bzw. regen zu einer besseren Organisation der Essensausgabe und der Pausentaktung durch Rhythmisierung des Schulalltages an.

